

Nr. XIX. GP.-NR  
698 /J  
1995-03-09

## ANFRAGE

der Abgeordneten Moser, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr

betreffend Rechnungshofbericht 1993 über Umweltmaßnahmen verstaatlichter Unternehmungen im Raum Linz

Die Luftsituation von Linz im Zeitraum von 1980 bis 1992 stand im Hinblick auf die Probleme und Maßnahmen der ÖMV Linz sowie der VA Linz und der zuständigen Behörde im Mittelpunkt eines umfangreichen Rechnungshofberichts, der in stark gekürzter Fassung im Dezember 1994 der Öffentlichkeit vorgelegt wurde. Darin werden diverse Kritikpunkte, Anregungen und Mängel aufgelistet, die legisistische oder betriebsintere Verbesserungen nach sich ziehen sollten.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

### ANFRAGE:

1. Ein wesentliches Belastungselement der Linzer Luftsituation stellt das Staubproblem dar. Mit einem dritten Maßnahmenpaket soll diese Belastung weiter verringert werden. Welche konkreten Umsetzungserfolge dieses Pakets sind Ihnen bekannt? Werden die Emissionen weiterhin regelmäßig überwacht, liegen regelmäßige Emissionserklärungen vor?
2. Der RH bemängelt, daß in Österreich keine umfassende und einheitliche Regelung der Emissionsbegrenzung für alle Arten von Anlagen besteht, die durch ein Bundesgesetz aufgrund einer verfassungsgesetzlichen Ermächtigung festgelegt werden kann. Dies ist auch das Bedürfnis der Stadt Linz, aus der bereits entsprechende gesetzliche Initiativen kamen. Warum gibt es Ihrer Ansicht nach noch immer nicht diese für die Luftreinhaltung nötige einheitliche Regelung? Welche Schritte werden Sie in dieser Hinsicht unternehmen?
3. Es fehlt außerdem an einer einheitlichen Vorgabe und einer verbindlichen Richtlinie für Emissionskataster. Werden Sie sich dafür einsetzen? Welche konkreten Vorstöße planen Sie?

4. Haben Sie als Vertreter des Eigentümers bereits darauf gedrungen, Schäden an der Umwelt als betriebswirtschaftliche Kosten internalisieren zu lassen, um die künftigen Investitionen der Verstaatlichten Industrie auch unter diesem Gesichtspunkt planen und beurteilen zu können? Plant die Bundesregierung ein System von Umweltabgaben, welches gewährleistet, daß Emissionssenkungen zu Kosteneinsparungen führen? Wenn nein, warum nicht?

Schlug der Rechnungshof derartige Maßnahmen vor?

Welche Berechnungen über Energie- und Schadstoffreduktionsmaßnahmen bestehen, wann sollen Sie umgesetzt werden?

Zur Chemie Linz GesmbH

5. Die Chemie Linz GesmbH strich wiederholt die hohen umweltschutzbedingten Betriebskosten hervor, obwohl die Betriebsabrechnung keinerlei Hinweise auf umweltschutzrelevante Anteile enthielt. Darüberhinaus fehlt in den ÖIAG-Richtlinien über das Berichtswesen eine klare Begriffsdefinition für "umweltrelevante Anteile". Welche Maßnahmen wurden oder werden gesetzt, um eine klare und korrekte Ausweisung von umweltrelevanten Betriebskostenanteilen ausweisen zu können?

6. Wie steht es um die Auslastung der Düngemittelproduktion, die ökologisch umstrukturiert wurde?

7. Die Staubemission der Chemie Linz lagen bedeutend über den angestrebten Planwerten, die veröffentlichten Werte entsprachen nicht der tatsächlichen Emissionssituation. Warum werden die Staubemissionen nicht kontinuierlich gemessen, sondern nur stichprobenartig ermittelt?

8. Vorausschauende Umweltschutzmaßnahmen bedürfen einer engen Kommunikation zwischen Behörde und Unternehmensleitung im Hinblick auf ökologisch orientierte Investitionen. Diese fehlte im konkreten Fall bei der Chemie Linz. Inwieweit hat sich dieser Bereich gebessert? Gibt es ein verbesserteres Zusammenwirken?

9. Wie definieren Sie die Rolle der Umweltschutzbeauftragten der Verstaatlichten? Sind Sie für die Umsetzung der behördlichen Auflagen und deren Überwachung wie auch für das Mittragen der in den behördlichen Auflagen genannten Maßnahmen verantwortlich oder in erster Linie betriebliche Anwälte gegen behördliche Forderungen im Bereich des Umweltschutzes und der Sicherheitstechnik?

10. Die Mehrzweckanlage des Baus 518 und 430 wurde mehr als ein Jahr entgegen den gesetzlichen Vorschriften konsenslos betrieben. Gab es Maßnahmen Ihrerseits wegen dieser ungesetzlichen Vorgangsweise? Können Sie ausschließen, daß Unternehmen der Verstaatlichten entgegen besseren Wissens bewilligungspflichtige Produktionen länger als ein Jahr konsenslos betreiben? Welche Vorkehrungen oder Anweisungen haben Sie in dieser Hinsicht unternommen?

11. Auch bei der Produktion von Pharmawirkstoffen wurden die 1990 vorgeschriebenen Grenzwerte jahrelang um ein vielfaches überschritten. Es wurden keine Entscheidungen über emissionsmindernde Maßnahmen getroffen. Warum wurde eine Produktionsumstellung auf Wasser als Lösungsmittel nicht früher vorgenommen? Warum konnten Sie oder Ihr

Vorgänger als Eigentümerversorger derartig eklatante Verstöße gegen behördliche Maßnahmen akzeptieren ?

12. Warum wurde bei der Maleinsäureanhydridanlage erst erheblich spät von Benzol auf Buthan umgerüstet und die Behörde über die Höhe der Benzolemissionen falsch informiert ? Auf welche Weise wurde bzw. wird das Unternehmen zur Rechenschaft gezogen ?

13. Sind entsprechende Empfehlungen des Rechnungshofes alle bescheidmäßig vorgegebenen Emissionsdaten in die ADV Auswertprogramme einbezogen, damit bei Grenzwertüberschreitungen die vorgeschriebenen Maßnahmen veranlaßt werden können ? Ist das Unternehmen bereit, wieder freiwillig Emissionsdaten zu veröffentlichen wie im Zeitraum 1987 ?

14. Wird die Berufsfeuerwehr der Stadt Linz bei Störungen unverzüglich in Kenntnis gesetzt (und nicht erst nach Stunden, wie der RH bemängelte) ?

15. Wieviel Störfälle ereigneten sich seit 1990, bei welchen wurde die Berufsfeuerwehr der Stadt Linz verständigt ? Wie lange waren die einzelnen Intervalle zwischen Auftreten des Störfalles und Verständigung ?

16. Existiert bereits ein aktualisiertes Umweltkonzept der Chemie Linz GesmbH bzw. der Nachfolgeunternehmen ? Wenn nein, wieso dringen Sie als Eigentümerversorger nicht darauf ?

Zur VOEST Alpine AG

17. Die Kokerei zählt zu den größten Stickoxidemittenten. Sie überschreitet die in der TA-Luft vorgeschriebenen Emissionsgrenzwerte von 500 MG/M<sup>3</sup> um mehr als das Doppelte. Welche Schritte sind beabsichtigt, in Österreich ähnliche Werte wie die TA-Luft einzuführen ? Wenn nicht, warum nicht ?

18. Wurde bereits in der Benzolfabrik eine Emissionsminderndes Verfahren/Projekt ausgearbeitet und umgesetzt wie 1991 vom Unternehmen angekündigt ?

19. Ist bereits eine Verringerung der Schwefeldioxidemissionen bei der Sinteranlage erfolgt ?